

Goldschatz soll Pension für Beamte sichern

Chef des CDU-Wirtschaftsrats warnt vor Negativzins

Von Frank Jung

KIEL Der Wirtschaftsrat der CDU drängt „angesichts sich verfestigender Negativzins-Erwartungen“ darauf, den Pensionsfonds für die Landesbeamten massiv aufzustocken. Dazu solle der Landtag neben Aktien und Rentenpapieren auch einen „Goldschatz“ bilden, fordert Vorsitzender Christian von Boetticher.

*„Wenn Geldvermögen
Negativzinsen erzeugt,
verliert Gold den Nach-
teil der Renditelosigkeit“*

Christian von Boetticher
CDU-Wirtschaftsrat

„Wir empfehlen, einen Anteil des Pensionsfonds bei der Bundesbank in Gold anzulegen, auf Kosten ausländischer Rentenpapiere“, sagt der Wirtschaftsexperte. „Wenn Geldvermögen negative Zinsen erzeugt, verliert Gold den Nachteil der Renditelosigkeit“, argumentiert von Boetticher. In Zeiten weltweit galoppierender Geldmengen und Währungskriege verspreche das Metall nicht nur höchste Sicherheit. „Es könnte zugleich für außerordentliche Vermögensgewinne stehen,

falls die Zinserwartungen sich nicht ändern.“

Der Wert des Pensionsfonds beträgt 804 Millionen Euro. Ob Lehrer, Polizist oder Richter: Die Zahl der Versorgungsempfänger steigt von 35 200 (Stand 2018) auf 38 300 im Jahr 2023 und 41 200 im Jahr 2028. Laut Finanzministerium bedeutet das eine Ausgabensteigerung von 256 Millionen Euro. Zwar will das Ressort mit Blick auf das historische Negativzinsumfeld zeitnah über eine Erweiterung des Anlagespektrums nachdenken. Aber: „Ein Ankauf von Gold ist nicht geplant“, sagt Ministerin Monika Heinold (Grüne). Sie sei „stolz“ auf die Nachhaltigkeitskriterien, die sich das Land für seine Anlagepolitik verordnet hat. Es sei „bundesweit Vorreiter“. In ihrem Haus wird bezweifelt, dass Gold damit im Einklang stünde. Dafür seien die Arbeitsbedingungen beim Abbau des Metalls zu stark in der Kritik, hieß es. Außerdem unterliege auch der Goldmarkt Schwankungen von Angebot und Nachfrage. Der Pensionsfonds speist sich zu 80 Prozent aus Anleihen und 20 Prozent aus Aktien. 2020 will das Land ihm ähnlich wie in den Vorjahren 70 Millionen Euro zuführen.